

Is Europe really lost?

Jugend- und bildungspolitische Erwägungen zur notwendigen Erneuerung Europas

Aktuelle Entwicklungen geben Anlass zu Sorge um die Zukunft Europas. Europa war und ist zwar einer ständigen Entwicklung unterworfen, aber der Brexit ist eine neue Wegmarke für ein wachsendes Misstrauen gegenüber einem offenen und solidarischen Europa. Inzwischen geht es um die Bewahrung von europäischen Grundlagen und Werten und die Vermeidung des Rückfalls in die Zeiten des Nationalismus. Es braucht die Erneuerung der europäischen Idee, eine neue europäische Erzählung auf der Grundlage des gelebten europäischen Alltags. Die Autoren schlagen aus jugendpolitischer Sicht eine Initiative zur Erneuerung Europas in 10 Punkten vor.

von Manfred von Hebel und Hans-Georg Wicke

Es hätte ein deutliches Signal gebraucht, ein überzeugendes Bekenntnis zueinander oder gar eine neue Vision von Europa. Monate nach dem *Brexit*-Schock, nachdem Zeit für Reflexion und Analyse war, hätten wir mehr Aufbruch für Europa oder zumindest ein leidenschaftlicheres Aufbegehren gegen die aktuellen Zerfallserscheinungen erwartet. Stattdessen blieben sowohl die Europäische Kommission als auch die europäischen Staats- und Regierungschefs in ihren Reaktionen hinter solchen Erwartungen zurück.

In seiner Rede zur Lage der Europäischen Union im September 2016 ermahnt Kommissionspräsident *Jean-Claude Juncker* zwar die Mitgliedstaaten, deutlich mehr und deutlich sichtbarer Verantwortung für die EU zu übernehmen: „Die alte Leier, dass Erfolg national und Misserfolg europäisch ist, muss ein Ende haben. Sonst wird unser gemeinsames Projekt nicht überleben.“ (Europäische Kommission 2016) In den als Konsequenz vorgeschlagenen Maßnahmen findet sich aber eher die Fortsetzung der vermeintlich bewährten Instrumente.

Da klingt der Text der *Bratislava-Erklärung* der europäischen Staats- und Regierungschefs wenige Tage später schon zwingender: „Obgleich ein Land seinen Austritt beschlossen hat, ist die EU nach wie vor für die übrigen

Mitgliedstaaten unerlässlich. In der Zeit nach den Kriegen und den tiefen Spaltungen auf unserem Kontinent war es die EU, die Frieden und Demokratie sicherstellte und unseren Ländern Wohlstand ermöglichte. (...) Die EU ist zwar nicht fehlerfrei, doch ist sie das beste Instrument, über das wir verfügen, um die neuen vor uns stehenden Herausforderungen zu bewältigen. Wir benötigen die EU, um nicht nur Frieden und Demokratie, sondern auch die Sicherheit unserer Bürger zu gewährleisten.“ (Rat der Europäischen Union 2016) Leider hat die Verbindlichkeit, die der Text verspricht, nur wenige Stunden überlebt bevor einige Staatschefs den Text relativiert oder ihm gar widersprochen haben.

Nein, es ist in diesen Tagen nicht leicht ein europäisches Programm umzusetzen, das sich für ein weiteres Zusammenwachsen der Europäischen Union, mehr Begegnung von Bürgerinnen und Bürgern und mehr sozialen Zusammenhalt einsetzt. Selten haben wir unsere Arbeit als so widersprüchlich zwischen Anspruch und Realität erlebt.

Europa zwischen EU-Erweiterung und Brexit

Europa war und ist ein politisches Projekt und als solches einer permanenten Entwicklung unterworfen. Vor →

diesem Hintergrund sind aktuelle Ereignisse allenfalls als Teil eines fortlaufenden Prozesses der Europäisierung zu sehen, so wie auch die EU-Erweiterung in den letzten 30 Jahren: Nach dem Zusammenbruch diktatorischer Systeme im Süden und Osten Europas sowie nach dem Fall der Mauer ging es darum, durch die Übernahme des *Aquis Communautaire* der EU in der Mitte Europas eine gemeinsame demokratische und marktwirtschaftliche Entwicklungsperspektive zu sichern. Die enormen Herausforderungen und Veränderungen in rasanter Geschwindigkeit vor allem

Europa war und ist ein politisches Projekt und als solches einer permanenten Entwicklung unterworfen.

für die neuen Mitgliedstaaten und ihre Bürger/-innen drücken sich gegenwärtig in einer spürbaren West-Ost-Spannung innerhalb der EU aus. Zudem wird jetzt das Problem einer so umfassenden Erweiterung ohne gleichzeitige Weiterentwicklung des Kerns, der Verfahren und Strukturen innerhalb der EU offensichtlich. Eine Union, ausschließlich begründet auf der Basis eines Binnenmarkts und ohne eigene gemeinschaftliche Identität, kann nicht funktionieren. Es geht um die sehr grundsätzliche Frage, was die EU in ihrem Inneren zusammenhält.

In diese Situation fällt der *Brexit* als Wegmarke. Nach Jahrzehnten der Erweiterung tritt vermutlich erstmals ein Mitgliedstaat bewusst aus der Gemeinschaft aus.

Nun kann man nicht behaupten, dass das Vereinigte Königreich bis vor kurzem ein EU-Musterstaat war. Vielmehr beschreitet das Land in seinem Verhältnis zur EU seit 40 Jahren einen exklusiven Sonderweg der permanenten Abgrenzung. Dazu gehören auch die reflexhaften Schuldzuweisungen für nationales politisches Versagen an die EU – zwar kein allein britisches Phänomen, aber ein von Großbritannien durchaus kultiviertes. Solche über Jahre gewachsenen Verhältnisse und Mechanismen lassen sich nicht in einer kurzen *Remain*-Kampagne ins Gegenteil drehen, insbesondere nicht, wenn die Argumente wenig geeignet sind dem populistischen Propagandafeldzug der *Brexit*-Befürworter/-innen etwas Adäquates entgegenzusetzen – eine *Remain*-Kampagne, die vor allem auf die gesamtwirtschaftlichen Vorteile der EU als freier Binnenmarkt abhob und die kaum die Erfahrung eines gelebten Europas, den gesellschaftlichen Nutzen, die soziale Kohäsion, den

Frieden in Europa, kurz die europäischen Werte und den Wert Europas zum Gegenstand gehabt hat. Und so blieben *Remain*-Kampagne und EU-Befürworter vor dem Hintergrund eigener politischer Zweifel an der EU blass und unglaubwürdig.

Es wäre nötig gewesen, dem aufgeladenen Klima und der populistischen Propaganda ein positives EU-Bild entgegenzusetzen. Es wäre wichtig gewesen, weil es im Verhältnis zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU eben nicht nur um den reibungslosen Kapitaltransfer, sondern auch um ein emotionales Narrativ geht.

Ein Narrativ, das umgekehrt von den *Brexit* Befürworter/-innen gezielt negativ aufgeladen und ausgenutzt wurde. Ihnen ist es gelungen, die negativen Folgen neoliberaler Politik für die Menschen ausschließlich der EU zuzuschreiben. Rücksichtslose Populisten und Hasardeure haben die Stimmung, die der gegenwärtigen offensichtlichen sozialen Spaltung in den meisten Mitgliedstaaten erwächst, zum einen gegen die EU gelenkt und sie zum anderen ethnisiert. Die Folge war eine beispiellose Hass-Kampagne, die, basierend auf Lügen, Fehlinformationen und abenteuerlichen Versprechungen, gekoppelt mit gezielter Propaganda gegen Ausländer, Migranten und geflüchtete Menschen, das Land tief gespalten zurücklässt.

Bemerkenswert ist, dass die Abstimmung über den *Brexit* an den sozialen Spaltungen innerhalb der britischen Gesellschaft festzumachen ist: Stadt – Land, jung – alt, gebildet – ungebildet, Mittelklasse – Unterschicht. Keine neue Erkenntnis vermutlich, aber wichtig für jeden Versuch, diese Spaltung zu überwinden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den sozialen Frieden in Europa zu erhalten und zu stärken.

Besorgniserregend ist, dass niemand im Vereinigten Königreich so recht gedacht zu haben scheint, dass es aufgrund eines aus parteitaktischen Motiven initiierten Referendums und einer von faktenfreiem Populismus dominierten Kampagne tatsächlich so weit kommen könnte. Und so bleibt ein über die europäische und soziale Frage ungeeintes Land, in dem vor allem die Rechten gewonnen haben und in dem sich Hass und Rassismus zunehmend offen und gewaltsam gegenüber Migranten, Ausländern und Andersdenkenden entlädt.

Die Umstände, die zur *Brexit*-Entscheidung geführt haben, sind keinesfalls ein ausschließlich britisches Phänomen, sondern stellen im Augenblick ein relativ typisches Bild in Europa dar. Die in erster Linie auf Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete neoliberale Politik der EU hat ohne eine Ausrichtung auf den sozia-

len Zusammenhalt zu tiefergehenden sozialen Spannungen innerhalb Europas und der Mitgliedstaaten geführt. Politische Entscheidungsprozesse der europäischen Institutionen sind nur unzureichend demokratisch legitimiert und werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten dominiert. Dieses sind die Ingredienzien für ein gewachsenes und inzwischen verfestigtes grundsätzliches Misstrauen gegenüber den vermeintlichen Eliten in der EU. Wo der Glaube an das gemeinschaftliche Wirken Europas fehlt, sucht man das Heil auf der Ebene der Nationalstaaten. Wahr ist aber auch, dass keine Brüsseler Entscheidung ohne die Zustimmung aller Mitgliedstaaten fällt. Insofern sind „Brüsseler Eliten“ immer gleichzeitig auch Projektionsfläche für das Misstrauen gegenüber den gesellschaftlichen Eliten im eigenen Land.

Bewahrung europäischer Grundlagen und Werte

Rücksichtsloser Populismus und stumpfe Propaganda haben gezeigt, dass sie dieses Misstrauen zu lenken in der Lage sind. So sind die Ereignisse im Vereinigten Königreich eine Anregung für andere extreme Kräfte, das vermeintlich bislang Undenkbare zu denken. Europa wird inzwischen zum politischen Kampfbegriff rechtspopulistischer Gefahrenbeschwörung. Zentrale Merkmale der Europäischen Union werden ausgehöhlt und negativ besetzt: Mobilität und Migration (Ausländerflut, Islamisierung, Verlust der eigenen Identität), Pluralität (zu viel Vielfalt, zu viel Rücksicht auf Minderheitenmeinungen), Demokratie (mangelnde Handlungsfähigkeit, zu wenig Durchgreifen), Solidarität (sozialer Abstieg, weitere Verarmung) etc.

Es geht in diesem Spiel auch um individuelle Macht. Oder welchem sonstigen Kalkül folgt eine Politik, die Menschen zunächst propagandistisch extrem aufhetzt, um sie anschließend über eine Frage, wie z. B. die ungarische Flüchtlingspolitik, abstimmen zu lassen, die sich in einem Land gar nicht stellt und bei der das Ergebnis juristisch keinerlei Wert hat?

„Und so strapaziert auch der ungehörige und kühl kalkulierte Nationalismus der Ungarn das Gefüge der EU erheblich“, wie *Thomas Schmid* (2016) schreibt. Und weiter, „die Antwort darauf liegt aber ausschließlich im Dialog, in der Diplomatie und in der Treue zu den Prinzipien und Werten der EU. Ein riesiger Vorteil der EU besteht darin, dass sie eine permanente Rede- und Verhandlungsgemeinschaft ist. Das Gespräch darf nie aufhören. Die europäische Einigung ist ein postnationales Vorhaben, sie muss und wird das auch bleiben. Europäische Union bedeutet, die Beziehung einer stattlichen Zahl von Staaten zueinan-

der nicht auf Macht, sondern auf Recht zu gründen. Das ist ein historisch einzigartiges Unterfangen, und ein erfolgreiches. Die EU überragt die Nation(en).“

Unklarheit gibt es aber offensichtlich über die weitere Entwicklungsrichtung der europäischen Idee. Dabei geht es im Augenblick gar nicht mehr nur um Weiter-, sondern um das Verhindern von Rückentwicklung. Die durch den *Brexit*-Schock angestoßene Debatte spaltet sich in viele Lager. Die einen wollen „mehr Europa“ und glauben weiterhin, der Zweck der EU sei die Überwindung des nationalstaatlichen Prinzips, die anderen wollen „weniger Europa“ und am liebsten ein Zurück zur Vorherrschaft der Nationalstaaten. Die Vertreter eines offenen, auf Vielfalt basierenden Europas sehen sich zunehmend populistischer und rechtsextremer Propaganda eines identitären, homogenen „weißen“ Europas gegenüber. Einerseits wird für eine Begrenzung der EU als Freihandelszone argumentiert, die sich auf ihre wirtschaftspolitischen, marktliberalen Kernaufgaben beschränkt, andererseits für ein vertieftes soziales Europa als dessen Gegenmodell, das die sozialen Spaltungen in den Gesellschaften Europas überwindet. Das Interesse des europäischen Südens an sozialer Gerechtigkeit innerhalb der EU stößt in Nord- und Osteuropa auf wenig Bereitschaft zur Vertiefung im Sinne weiterer Harmonisierung. Der partielle Wunsch kleinerer Mitglied-



Deutsch-tschechischer Fachkräfteaustausch des AdB

Foto: Tobias Kley

staaten an europäischen Lösungen prallt an der Vormacht der ökonomisch starken EU-Staaten ab. Die genuin europäischen Interessen des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission werden von den Interessen der Mitgliedstaaten auf EU-Ebene zurückgedrängt. Klar ist: Die realen Machtverhältnisse haben sich zuungunsten der EU und zugunsten nationalstaatlicher Akteure und national-→

staatlicher Lösungsansätze verschoben. Das Undenkbare – die Auflösung der EU und Vorrang nationalistischer Weltanschauungen – wird plötzlich denkbar, das Selbstverständliche – die Existenz der EU mit seinem Prinzip der europäischen Integration – ist nicht mehr „naturgegeben“.

Aber haben wir tatsächlich so wenig zu verlieren? Es ist naiv zu glauben, dass es in dieser Debatte vor allem um die Bewahrung von EU-Institutionen geht, vielmehr geht es um die Bewahrung von europäischen Grundlagen und Werten.

Die Zusammenarbeit in Europa war und ist die historische und gegenwärtig stärkste Antwort auf Krieg, Gewalt und Intoleranz in Europa und darüber hinaus. Wer glaubt denn, dass angesichts der Globalisierung nationalstaatliche Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik perspektivisch erfolgreicher sein und einzelne Länder im globalen Wettbewerb besser bestehen könnten? Dass Umweltpolitiken nachhaltig und zukunftsfähig gestaltet werden können ohne europäische Zusammenarbeit? Dass Friedens- und Sicherheitspolitik eher eine nationale Aufgabe ist? Dass die aus sozialen Gegensätzen innerhalb und außerhalb Europas entstehenden Konflikte auf Dauer ignoriert werden und sich einzelne Länder davon abschotten können, anstatt diese durch eine funktionierende transnationale Zusammenarbeit zu gestalten?

Die Folgen einer schwachen und in sich zerstrittenen EU sind jedoch schon jetzt zu spüren: Wie stark und wirksam ist die Stimme Europas heutzutage im zunehmend an die Zeiten des Kalten Krieges erinnernden Konflikt mit Russland? Welche Strategie verfolgt die EU um die gemäßigten islamischen Kräfte in der Türkei friedensichernd in der arabischen Welt zu stärken? Welche (Integrations) Perspektive haben derzeit Länder wie z. B. die Ukraine, Serbien, Mazedonien, die mit Hilfe der EU wichtige politische, soziale und wirtschaftliche Transformationsprozesse auf den Weg gebracht haben? Wie sehr fühlen sich die ehemaligen Transformationsländer in Mittel- und Osteuropa angesichts einer schwachen EU noch an den *Aquis Communautaire* gebunden und wer zwingt sie dazu, diesen jetzt und in Zukunft einzuhalten? Bietet Europa derzeit noch den vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen in den Mitgliedstaaten, die sich für Vielfalt, Demokratie, Solidarität, Menschenrechte, Freiheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit einsetzen, die politische und gesellschaftliche Unterstützung, die gerade in kritischen Zeiten immer besonders wichtig und notwendig war? Wie sehr ist ein in sich zerstrittenes Europa in der Lage, seine Bürger/-innen und insbesondere seine jungen Menschen vor zerstörerischem

Nationalismus zu schützen und einen lebenswerten, freiheitlichen europäischen Lebensraum zu sichern?

Neu(be)gründung Europas

Das Versagen europäischer Politik zeigt seine Wirkungen und führt zu Unfähigkeit, wirkliche wirksame und notwendige Reformen in der EU einzuleiten. Das Desinteresse der Zivilgesellschaft an der Weiterentwicklung der EU droht sich zu rächen und als Konsequenz ihre Existenz- und Handlungsgrundlagen weiter zu schwächen. Die Gleich-



Foto: Tobias Kley

gültigkeit der Demokraten ist gefährlich. Aus Indifferenz muss wieder politisches Engagement für Europa werden. Der Rückfall in die Zeiten des Nationalismus muss verhindert, der Gefährdung der Offenheit und der Demokratie in Europa etwas entgegengesetzt werden. Es braucht die Erneuerung der europäischen Idee: ein offenes und soziales Europa, das ein menschenwürdiges Leben für alle ermöglicht, friedlich, solidarisch, demokratisch, freiheitlich, plural, tolerant, rechtsstaatlich, partizipativ, inklusiv, zukunftsgerichtet und zukunftsfähig, in dem Vielfalt als Bereicherung empfunden wird.

Ulrich Beck definiert die sich daraus ergebende Aufgabe so: „Finde eine Form des europäischen Zusammenschlusses, die mit ihrer gemeinschaftlichen Kraft jedes Individuum in jeder nationalen Gesellschaft rechtlich schützt und gleichzeitig jeden, indem er oder sie sich mit Individuen anderer Sprachen und politischer Kulturen zusammenschließt, bereichert und freier macht als zuvor.“ (2014, S. 12) Das ist bei weitem keine Utopie oder soziologische Trümmerei, sondern für Millionen Menschen in Europa gelebte Realität und Selbstverständlichkeit. Ein Umstand der in aktuellen nationalistisch geprägten Abgrenzungsdebatten ebenfalls kaum eine Rolle spielt. *Vincenzo Ciccheli* (2014)

liefert dazu folgenden Ansatz: Die junge Generation erfährt demnach die europäische Gesellschaft als „doppelte Souveränität“: als Summe nationaler und europäischer Entfaltungschancen. Die Jugendlichen beschreiben ihre Identität allerdings nicht als ausschließlich europäische.

Wie kann eine identitätsstiftende Auseinandersetzung mit Europa stattfinden und mit kritischer Reflexion und echter Beteiligung verbunden werden?

Niemand ist nur Europäer. Die jungen Europäer definieren sich zunächst über ihre Nationalität und dann als Europäer. Das Europa ohne Grenzen und mit einer gemeinsamen Währung bietet ihnen Chancen wie es sie nie zuvor gegeben hat in einem sozialen Raum mit einem enormen kulturellen Reichtum.

Es geht um die Neu(be)gründung Europas, um eine Rückbesinnung auf die Werte und die Identität Europas, einen neuen, veränderten Prozess der Europäisierung. Es benötigt einen neuen identitätsstiftenden Europäisierungsprozess, der aus den Verwaltungen und Konferenzräumen herauskommt und das tatsächliche Leben der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Es braucht eine gesamtgesellschaftliche Initiative für die Erneuerung Europas, die Europa gegen antieuropäische Tendenzen verteidigt, für die Stärkung europäischer Identität, europäischen Bewusstseins, europäischen Engagements. Dabei stehen vor allem junge Menschen im Mittelpunkt, für die Europa nicht nur ihre jetzige, sondern auch ihre zukünftige Lebensgrundlage darstellt.

Was gilt es also in politischer Bildung, Jugendarbeit, Jugendhilfe und Jugendpolitik zu tun? Wie kann Europa als Lebens-, Erfahrungs- und Entwicklungsraum für junge Menschen erfahrbar gemacht werden? Wie kann eine identitätsstiftende Auseinandersetzung mit Europa stattfinden und mit kritischer Reflexion und echter Beteiligung verbunden werden? Welche Rolle spielen Einrichtungen und Strukturen politischer Bildung, von Jugendarbeit und Jugendhilfe und die darin tätigen Akteure für eine Erneuerung Europas? Wie kann eine gesamtgesellschaftliche Initiative für die Stärkung europäischer Identität, europäischen Bewusstseins, europäischen Engagements auf den Weg gebracht werden?

Unser Vorschlag: Eine gemeinsame Initiative zur Erneuerung Europas mit 10 Kapiteln.

1. Europa tut spürbar etwas für die Lebenssituation junger Menschen.

Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise wurde wie selten zuvor deutlich, wie fundamental sich die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen junger Menschen in Europa unterscheiden, wie sehr die Lebensbedingungen junger Menschen von europäischen und globalen Entwicklungen abhängig sind und wie wenig nationalstaatliche Politiken allein tragfähige Lösungen bieten. Die Folgen, unter denen insbesondere junge Menschen zu leiden haben, sind immer noch zu spüren. Sie zeigen täglich auf, wie sehr es der Stärkung des sozialen Europas bedarf. Und sie verdeutlichen, wie sehr es notwendig ist, dass Europa gemeinsam Verantwortung für die Gestaltung von Lebenslagen und die Bedingungen für das gelingende Aufwachsen junger Menschen übernimmt.

Europa muss also spürbar etwas für junge Menschen tun. Eine solche umfassende Politik zugunsten junger Menschen gibt es in Europa bisher nicht. Es bedarf einer Zivilgesellschaft, die ihre nationalen Schranken überwindet und eine sozial orientierte europäische Politik einfordert, die junge Menschen in den Mittelpunkt stellt. Politische Bildung kann helfen, diese soziale Dimension Europas herauszuarbeiten.

2. Europa hat eine starke Jugendpolitik.

Jugendpolitik ist Querschnittspolitik und Ressortpolitik. Sie entwickelt Raum für Teilhabe und den Erwerb von Fähigkeiten, für Autonomie und Wohlbefinden und ein glückliches Leben junger Menschen. Sie dient der persönlichen und sozialen Entwicklung und dem gelingenden Aufwachsen junger Menschen, insbesondere von denen, die in Schwierigkeiten sind. Junge Menschen haben ein Recht auf eine umfassende und ganzheitliche Jugendpolitik in Europa. Die Eröffnung individueller Lebenschancen für junge Menschen ist eine gemeinschaftliche Gestaltungsaufgabe.

Eine Jugendpolitik im klassischen Sinne existiert in Europa zurzeit nicht. Die EU-Jugendstrategie ist ein relativ begrenzter Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa, deren Zukunft in den kommenden zwei Jahren diskutiert wird. Wer Jugendpolitik denkt und gestaltet, muss Europa mitdenken. Die Ansätze sind da, es liegt an den jugendpolitischen Akteuren, eine erweiterte jugendpolitische Zusammenarbeit nach 2018 mitzugestalten und →

gleichzeitig eine Jugendpolitik in Deutschland mit einer europäischen Dimension zu entwickeln. Politische Bildung kann darin unterstützen, europäisch bezogene Jugendpolitik mitzuentwickeln und deren Stellenwert zu vermitteln.

3. Europa benötigt mehr europäische Bildung.

Die Erneuerung Europas benötigt mehr europäisches Lernen, mehr Information und Wissen über Europa, mehr europabezogene Bildung junger Menschen, mehr Bildung zur europäischen Bürgerschaft. Dies setzt aber die Entwicklung und Überprüfung der eigenen Werte im Dreieck von Wissen, Fähigkeiten und Einstellungen zu Europa im Rahmen von Bildungs- und Reflexionsprozessen voraus. Ergebnis dessen wäre eine reflektierte europäische Identität und ein differenziertes europäisches Bewusstsein.

Die Versuche in Schule, Universitäten und außerschulischer Bildung, sich dieser Herausforderung gemeinschaftlich zu stellen, sind gescheitert – obwohl sich die Lernziele nur wenig unterscheiden. Europäisierung braucht mehr europäisches Lernen und Bildung und einen gemeinsamen Aktionsplan für europäische bürgerschaftliche Bildung. Gleichzeitig muss insbesondere politische Bildung, die alltägliche Herausforderung der Gestaltung europäischen Lernens bewältigen.

4. Junge Menschen leben Europa.

Keine aktive europäische Bürgerschaft ohne Motivation zum freiwilligen Engagement. Die Praxis zeigt: Eigene europäische Erfahrungen z. B. im Rahmen von europäischer Jugendarbeit, sind die perfekte Voraussetzung, sich für Europa nachhaltig zu engagieren. Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität sind Teil gesellschaftlicher Teilhabe in Europa und in diesem Sinne ein Recht für alle jungen Menschen. Dabei geht es vor allem um die Stärkung von Eigenständigkeit junger Menschen in Europa, darum, europäische Handlungskompetenzen zu erwerben, um in Europa klarzukommen, Fremdsprachen zu sprechen, interkulturell kommunizieren zu können, Europa zu verstehen, darin zu leben und sich zu engagieren, zu lernen und zu arbeiten.

Wer Europa erneuern will, muss allen jungen Menschen Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität ermöglichen – als Normalität statt als Ausnahme. Darin spielt der Jugendbereich eine besondere Rolle, denn seit mehr als 60 Jahren gibt es hier überragende Erfahrungen. Grund genug, auch selbstbewusst gemeinsam die nächste Etappe zu beschreiten, wenn das Ziel erreicht werden soll: Verabredung von Aktionsplänen und verbindlichen Benchmarks

auf EU-Ebene, eine wirksame Mobilitätsinitiative des Bundes, Entwicklungspläne zur Förderung von Mobilität auf Ebene der Kommunen und Länder.

5. Junge Menschen engagieren sich in und für Europa.

Europa kann nicht ohne aktive europäische Bürgerschaft junger Menschen funktionieren. Eine aktive europäische Bürgerschaft bedeutet Verantwortungsübernahme, Beteiligung und Mitgestaltung von Politik und Gesellschaft. Der Europäische Freiwilligendienst, an dem jährlich 10.000 junge Menschen teilnehmen, ist weitestgehender Ausdruck eines europäischen Engagements. *Ulrich Beck* und *Daniel Cohn-Bendit* haben 2012 dazu aufgefordert, ein Freiwilliges Europäisches Jahr für alle zu schaffen: „Ein

Es bedarf einer Zivilgesellschaft, die ihre nationalen Schranken überwindet und eine sozial orientierte europäische Politik einfordert, die junge Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Europäisches Freiwilligenjahr für alle ist ein Selbstbegründungsakt der europäischen Bürgergesellschaft (...), mit dem sich Europa eine neue tätige Verfassung von unten gibt und damit seine politische Kreativität und Legitimität begründet.“ EU-Kommissionspräsident *Jean-Claude Juncker* schlägt nun vor, zusätzlich 100.000 jungen Menschen bis 2020 die Möglichkeit zu geben, in einem freiwilligen *European Solidarity Corps* ihrer Solidarität in Europa Ausdruck zu verleihen.

Engagement für und in Europa stand bisher keinesfalls im Mittelpunkt des Interesses in Jugendarbeit oder politischer Bildung. Es ist an der Zeit, dies zu ändern, es ist Zeit für eine starke und breit getragene Initiative zur Entwicklung einer aktiven europäischen Bürgerschaft junger Menschen. Und es ist der richtige Moment, den Europäischen Freiwilligendienst zu einem „Freiwilligendienst für alle jungen Menschen in Europa und für Europa“ auszubauen.

6. Die Internationale Jugendarbeit übernimmt Verantwortung für Europa.

Nach Völkerverständigung, Versöhnung, auswärtiger Kulturpolitik, interkulturellem Lernen und Diversität hat

sich in der Internationalen Jugendarbeit längst eine starke und lebendige europäische Realität entwickelt: Im gesamten Spektrum der Kinder- und Jugendhilfe werden europäische Jugendprojekte durchgeführt. Neben der klassischen Jugendbegegnung ist eine Vielfalt von Formaten europäischer Zusammenarbeit entstanden. Erasmus+ JUGEND IN AKTION wird als EU-Programm für dezidiert europäische Jugendprojekte in 2020 ein Fördervolumen haben, das sämtliche Dimensionen des KJP für Internationale Jugendarbeit übertrifft.

Vor dem Hintergrund der Krise Europas muss die Auseinandersetzung mit Europa nun inhaltlich in den Mittelpunkt gestellt werden. Die klassischen Einrichtungen der Internationalen Jugendarbeit müssen sich ihrer Verantwortung für Europa stellen, Europa zum Gegenstand ihrer Praxis machen und die Kinder- und Jugendhilfe darin unterstützen, eine wirkungsvolle europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich zu gestalten. Die politische Bildung ist aufgefordert, dies mit entsprechenden pädagogischen Konzepten zu unterlegen.

7. Es gibt ein europäisches zivilgesellschaftliches Gemeinwesen.

Die Entwicklung eines europäischen Gemeinwesens, eines europäischen Alltags und einer lebensweltlichen Realität insbesondere in der Arbeit mit jungen Menschen steht im Zentrum eines europäischen Erneuerungsprozesses. Gleichzeitig geht es um die Entwicklung von Räumen der Teilhabe jenseits des Nationalstaates, den Aufbau einer europäischen Zivilgesellschaft. Die Zivilgesellschaft muss systematisch und strukturiert in einen zivilen Dialog zur Gestaltung europäischer Politik eingebunden sein.

Soll Europa sozial und lebensweltlich sein, muss sich die Kinder- und Jugendhilfe und die politische Bildung weit aus mehr als bisher Europa zu eigen machen: mehr europäische Projekte und Angebote für junge Menschen, die Europäisierung des fachlichen Dialogs und der fachlichen Arbeit, die Europäisierung von Einrichtungen und Strukturen, europäische Zusammenarbeit auf allen Ebenen, in öffentlichen und freien Einrichtungen. Das ist nicht einfach, aber die Zeit drängt.

8. Regionen und Kommunen übernehmen Verantwortung für Europa.

Kommunen und Europa sind traditionell besonders weit voneinander entfernt, nicht nur strukturell, sondern auch politisch und inhaltlich. Sie sehen sich eher als von Europa betroffene Objekte, denn als aktive europäische Subjekte.

Gleichzeitig tragen Bundesländer und Kommunen besondere Verantwortung für das Aufwachsen junger Menschen in Europa und damit auch dafür, den Wert Europas zu vermitteln und entsprechende Angebote zu machen. Zugleich kann die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hilfreich sein für die Gestaltung von Jugendpolitik vor Ort.

Soll sich Europa erneuern, bedarf es mehr Kommunen und Bundesländer, die sich in Europa engagieren. Governancemodelle, wie z. B. die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland, müssen bis auf die kommunale Ebene herunterreichen. Gleichzeitig ist es notwendig, eine stärkere europäische Ausrichtung des Gemeinwesens durch kommunale oder regionale Entwicklungsstrategien zu fördern. Gerade in letzterem könnte die politische Bildung eine wesentliche Rolle spielen.

9. Europa hat wirksame Förderprogramme für junge Menschen.

Erasmus+ JUGEND IN AKTION ist „das“ Programm für die Förderung europäischen Bewusstseins und Engagements, der aktiven Bürgerschaft junger Menschen, für eine europäische Jugendarbeit und die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa. Es fördert die Zusammenarbeit von jungen Menschen, Fachkräften, Organisationen und Strukturen. Die europäischen Werte stehen im Zentrum: Vielfalt und Pluralismus, Solidarität, offenes Europa, Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Im Mittelpunkt des Erneuerungsprozesses in Europa muss ein noch stärkeres Erasmus+ stehen, in dem JUGEND IN AKTION eine besondere Rolle für die Förderung aktiver europäischer Bürgerschaft junger Menschen spielt. Dies bedeutet, noch mehr Mittel zur Verfügung zu stellen – der tatsächliche Bedarf übersteigt schon jetzt bei weitem die vorgesehenen Mittelsteigerungen. Und es bedeutet auch, sich bereits jetzt aktiv in die Gestaltung der Zukunft des Programms ab 2021 einzubringen.

10. Europäische Geschichte(n) wird (werden) gemacht – ein neues Narrativ.

Auch wenn sie immer noch Gültigkeit besitzen, entfalten die alten identitätsstiftenden Erzählungen über und von Europa nur noch bedingt ihre Wirksamkeit. Andererseits gibt es eine gelebte europäische Realität und einen Alltag, der ohne die EU und ein offenes Europa nur schwer denkbar ist. Es gibt den millionenfachen Austausch von Menschen im Rahmen von Arbeit und Beruf, Schule, Hochschule, von freiwilligem Engagement oder in den jährlich tausenden europäischen Jugendprojekten. Und es gibt →

unzählige Menschen in NGOs, Wissenschaft, öffentlichen Einrichtungen und Behörden, Wirtschaft und Politik, die jeden Tag europäische Zusammenarbeit leben und organisieren. Es gibt alltäglich gepflegte Freundschaften, Teamarbeit und Vernetzung in ganz Europa. Es gibt „europäische“ Familien, in denen die Vielfalt von Sprachen und Kulturen selbstverständlich sind. All diese Geschichten bilden die wirkliche Erzählung über Europa, begründen ein Europa von unten.

Viele dieser Erzählungen werden jedoch kaum zur Kenntnis genommen. Deshalb braucht ein neues Europa eine andere Form der Öffentlichkeit, mehr Orte und Gelegenheiten, mehr Bereitschaft zuzuhören, mehr Dialog über Europa. Jugendarbeit, Jugendhilfe und politische Bildung haben die wichtige Aufgabe, diese Orte und Gelegenheiten für eine neue Erzählung von Europa zu schaffen.

Wir sind der Überzeugung, dass ein erneuertes Europa einer neuen europäischen Erzählung bedarf, die getragen wird von den wirklichen Lebenserfahrungen seiner Bürger/-innen und insbesondere der jungen Menschen und einhergehen muss mit der Veränderung Europas zu einem gemeinschaftlichen Lebensraum. Wir sind auch der Überzeugung, dass ein neues europäisches Narrativ nur von den jungen Menschen selbst und den Menschen in Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltungen und Wirtschaft gemeinsam gefordert, gestaltet und gelebt werden kann. Um es mit *Claus Leggewie* (2016) zu sagen: „Wir brauchen eine Erzählung, die mitreißt und in der Lebenswelt der Europäer anschlussfähig ist. Eine Erzählung davon, wie wir in den nächsten beiden Jahrzehnten ein nachhaltiges Europa schaffen, aber auch eines, das sozial gerechter ist, das öffentliche Räume erhält und schafft, das lebenspraktisch klarmacht, welche Vorzüge europäische Urbanität besitzt, wie eine Kultur des Pluralismus aussieht. Vieles von dem existiert ja längst. Aber wir müssen präziser beschreiben, was wir an Europa gut finden, es ausmalen, so dass das Bild zukunftsfest und für künftige Generationen anziehend ist. Da ist besonders die mittlere Generation gefragt, die im Beruf, im Alltag, im sozialen Engagement Europa sozusagen täglich lebt und baut, dies aber zu wenig nach außen deutlich macht.“

Es liegt an uns selbst Geschichte zu schreiben, packen wir es also an. **AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2016**

Zu den Autoren



Manfred von Hebel, Erziehungswissenschaftler, seit über zwanzig Jahren im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe auf nationaler und europäischer Ebene tätig; 2005–2009 Nationaler Experte in der Generaldirektion für Bildung und Kultur der Europäischen Kommission, seit 2009 bei JUGEND für Europa – Nationale Agentur für das Programm Erasmus+ JUGEND IN AKTION, Leiter Strategien und Projekte.

vonhebel@jfemail.de



Hans-Georg Wicke, Sozialwissenschaftler, seit mehr als 30 Jahre im Bereich von Jugendarbeit und Jugendpolitik, non-formalem Lernen und politischer Bildung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene tätig; seit 1995 Leiter von JUGEND für Europa – Nationale Agentur für das EU-Programm Erasmus+ JUGEND IN AKTION in Deutschland (Bonn); vorher Gründungsmitglied und Geschäftsführer des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks (IBB) in Dortmund.

wicke@jfemail.de

Literatur

Beck, Ulrich (2014): Europa braucht einen neuen Traum – Essay. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 12/2014, S. 9–15

Beck, Ulrich / Cohn-Bendit, Daniel (2012): Wir sind Europa! Manifest zur Neugründung Europas von unten; <http://evs4all.eu/de/manifest> (Zugriff: 04.10.2016)

Cicchelli, Vincenzo (2014): L'esprit cosmopolite – Voyages de formation des jeunes en Europe. Paris: Presses de SciencesPo

Europäische Kommission (2016): Rede zur Lage der Europäischen Union von Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission am 14.09.2016. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union

Leggewie, Claus (2016): „Wir Europäer sollten aufwachen“, Interview in der taz vom 05.10.2016

Rat der Europäischen Union (2016): Erklärung von Bratislava, 16.09.2016

Schmid, Thomas (2016): Falsche Freunde. In: DIE ZEIT Nr. 39, 15.09.2016